

Ressort: Politik

Bericht: SPD blockiert Beraterverträge der Verteidigungsministerin

Berlin, 15.02.2017, 11:03 Uhr

GDN - Im Streit um die Reform des Parlamentsbeteiligungsgesetzes für Auslandseinsätze setzt die SPD nun offenbar Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) unter Druck: Als unmittelbare Reaktion auf die Entscheidung der Unionsführung, den gemeinsamen Gesetzentwurf zu kippen, blockiere die SPD vorläufig die Ausschreibung eines Beratervertrags mit einem Umfang von über 200 Millionen Euro, berichtet das ARD-"Hauptstadtstudio". Über dieses Projekt sollte heute zeitgleich im Verteidigungsausschuss und im Haushaltsausschuss beraten werden.

Auf Initiative der SPD sei dieser Punkt kurzfristig von der Tagesordnung gestrichen worden, berichtet das ARD-"Hauptstadtstudio" weiter. Über die Bewilligung der Gelder für die Ausschreibung kann demnach frühestens in drei Wochen wieder in den Ausschüssen beraten werden. Gestern hatte die Unionsführung in der Koalition für einen Eklat gesorgt, indem sie der SPD offiziell mitgeteilt hat, dass sie den gemeinsamen Gesetzentwurf nicht mehr weiter verfolgen werde. Die Entscheidung von Fraktionschef Volker Kauder ist laut ARD allerdings auch innerhalb der Unionsfraktion heftig umstritten.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-85339/bericht-spd-blockiert-beratervertraege-der-verteidigungsministerin.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com